

# Anschauung & Sinnlichkeit

## Wer hier wohl für wen die Ausbildung finanziert!

### Kritische Anmerkungen zur Debatte über die BAföG-Reform

Wenn Du bei dieser Überschrift stutzig wirst, steckst Du bereits bis zum Hals im neoliberalen Diskurs! Was nämlich alle Reformvorschläge innerhalb der offiziellen BAföG-Debatte gemein haben, ist die (meist implizite) Grundannahme, es handle sich beim BAföG um eine milde Gabe an die Studierenden.

Diese Sichtweise auf die BAföG-Debatte mag zunächst plausibel erscheinen, ist aber doch bei näherem Hinschauen eine dreiste ideologische Verdrehung.

Denn: Sicher bedeuten die BAföG-Darlehen eine kleine Erleichterung für viele Studierende, doch werden nicht einmal die Herrn Hundt und Henkel bestreiten können, daß diese

kleinen Erleichterungen nur die Voraussetzung dafür bilden, daß am Ende andere einen ungleich größeren Nutzen ziehen aus der (bis jetzt offenbar) nur so möglichen Ausbildung einer massenhaften akademischen working force: besonders im Falle der NaturwissenschaftlerInnen die Industrie-Konzerne, im Falle der Geistes- und SozialwissenschaftlerInnen eher die Dienstleistungs-Unternehmen und der Staat, der durch Schulpropaganda („Gemeinschaftskundeunterricht“ und ähnliches) und geschicktes politisches Agieren (akademische „Think-tanks“) dafür sorgt, daß die

Mühlen des Kapitalismus auch morgen noch störungsfrei mahlen können - in jedem Fall also profitieren direkt oder indirekt die Kapitaleigentümer.

Natürlich möchten die KapitalistInnen von der massenhaften Verfügbarkeit akademisch qualifizierter Arbeitskräfte profitieren ohne (über Steuern) an den Investitionen in deren Ausbildung beteiligt zu werden (deshalb war das BAföG ohne Rückzahlungsplicht auch nur eine Episode,

1971 bis 1974, als es einen akuten Akademikemangel gab). Und auch die Formen von staatlichen Darlehensvergünstigungen, wie insbesondere rot-grüne Politikern sie auch

heute noch in Hinblick auf bestimmte Wählergruppen ins Werk setzen müssen, sind ihnen ein Dorn im Auge.

Ihre Idealvorstellung ist klar: Studiengebühren + Ausbildungskredit = Ausschöpfung der „Begabungsreserven“ breiterer Schichten der Bevölkerung bei langfristiger Dekkung der Ausbildungskosten durch die Lohnentwicklung. Das heißt, auch Söhne und Töchter aus einkommensschwächeren Elternhäusern können studieren, wenn sie sicher sind, daß ihr Ausbildungskredit durch ihr späteres Gehalt gedeckt ist, und wenn



**BAföG - Wer zahlt hier wem die Ausbildung?** S. 1

**Grün.de zum Sch... finden** S. 1

**HVV schafft 1. Klasse ab** S. 3

**Deutschland einig Antifa** S. 4

**Nachspiel einer Rundreise** S. 4

## Grün.de zum Sch... finden

Waren die Grünen an der Uni einst mit dem Glauben an das eigene bessere Handeln und als Liquidatoren linker "ideologisch" orientierter ASTen angetreten, so ist der grüne AstA inzwischen selbst Konkurs und kann sich nur noch mit Manipulation von Satzung und Geschäftsordnung über die Zeit retten:

Der Haushalt ist nicht mehr ausgeglichen, das Parlament wird nicht mehr einberufen, die Wahlen werden verzögert, eine demokratische Satzungsänderung in Koalition von den Grünen bis zu den Burschenschaften soll mit Hilfe des Uni-Präsidenten doch noch genehmigt werden, dafür verhilft der Sprecher des Grünen AstA dem Uni-Präsidenten zu einer Mehrheit gegen das Konzil zugunsten des Gesetzentwurfes von Krista Sager, der die Einführung von Studiengebühren vorbereitet, die Fachschaftsrätekonferenz, die zu vehement gegen die Vorbereitung von Studiengebühren auftritt, wird aus dem AstA geworfen...

- Sind die Grünen noch ganz dicht??



# Was macht Kleinbürger so destruktiv oder Grün.de zum Sch... finden

(Fortsetzung von Seite 1)

Angefangen hat alles mit ihrem heißgeliebten Semesterticket. Das Ticket ist eine Umverteilungsmaßnahme unter den Studierenden, die der überwiegenden Mehrheit der Studierenden den Vorteil der günstigsten HVV-Karte bietet. Mit der "Errungenschaft" Semesterticket als Trumpfkarte konnten alle kommenden Wahlkämpfe gewonnen werden. Der Preis für diese Siege war allerdings hoch: Durchgesetzt werden konnte seit der Einführung des Tickets außer den regelmäßigen Preiserhöhungen fast nichts. Das Grüne Semesterticket ist keine "Errungenschaft" sondern ein nacktes Geschäft.

Bei den übrigen Projekten der Grünen zeigen sich andere Probleme. Dem Wechsel vom Glauben an das gute Handeln zum verbissenen "für die Studis" ging der Wechsel von partiell fortschrittlicher Tätigkeit zum direkten Betrug einher. Beriefen sich die Grünen beim „Sommernachtstraum“ zu Beginn noch auf die Idee der Belebung des Campus und alternativer Kultur, wird er heute unverhohlen als Kompensations-Konsum gegen den bösen (Uni-)Alltag verteidigt. Die Grünen betonen dabei so händeringend, dass er für die Studierenden gratis sei, als wollten sie damit vergessen machen, dass der Sommernachtstraum der größte Posten im ASiA-Geschäft ist, das eben mit Mitteln der Studierenden bezahlt wird. Grüne Selbstverwirklichung heißt hier geringfügig bezahltes Engagement für etwas, das sich in der Konsumgüterwelt nicht von anderem unterscheidet. Im „Pferdestall e.V.“ hat der Sommernachtstraum einen würdigen Klon gefunden - und die Veranstaltungen kosten hier auch schon mal Eintritt.

Diese Grundhaltung zeigt sich auch bei ihrem Agieren im Studierendenparlament (Stupa). Nur zu gern hatte die GHG dort mit dem Finger auf die linke Opposition gezeigt. Sie hatte, obwohl über eine ausreichende Zahl von Mandaten im Parlament verfügend, ihren Haushalt nicht durch bekommen und reagierte verbittert. Als wäre es die Aufgabe der Opposition, dafür zu sorgen, daß die Regierung eine Mehrheit hat, erhoben sie den Vorwurf des undemokratischen Verhaltens und des Verrats an den Studierenden. Plakativ wurde zum Kampf gegen Studiengeldhören Flagge gezeigt. Als es jedoch

in der Sitzung des Konzils der Universität um eine Absage an die Novellierung des Hamburgischen Hochschulgesetzes



(HmbHG) ging, erfolgte in Demut daß, was die GHG im Jahr ihrer Rückkehr in die Hochschulpolitik versprochen hatte, nämlich Krista Sager zu helfen. Und so wurde das Ende der Sitzung herbeigeführt.

Als zu Semesterbeginn der FSR Jura mit einer Veranstaltung über Burschenschaften informiert, war auch der ASiA gefragt, ob er diese Veranstaltung unterstützen könne. Wollte er aber nur, wenn farbentragende Burschen und andere Sangesknaben dort auch zugelassen wären. Da solche Nasen aber natürlich unerwünscht waren, hat der ASiA diese Veranstaltung nicht unterstützt, fühlte sich aber im Studierendenparlament sofort berufen, auf einen Vorschlag zu einem Aufruf zur Teilnahme an einer Gedenkveranstaltung zum 9. November, dem Jahrestag der Nazi-Pogromnacht, sofort zu reagieren und einen eigenen Entwurf vorzulegen. Im Kern riefen beide Entwürfe zur Mahnwache am Platz der ehemaligen jüdischen Synagoge auf.

Über diese Synagoge heißt es in einem Flyer von „Pferdestall e.V.“ lapidar, daß sie „1939/40 auf Kosten der Gemeinde abgerissen“ wurde. Mitglieder von Pferdestall e.V. sitzen auch im Studierendenparlament. Sie sind dort Teil der gegenwärtigen ASiA-tragenden Koalition.

Der Streit wurdegeführt zwischen den Fraktionen von: a). dies ist unser Deutschland und die Werte stimmen hier und irgendwie sind wir ja liberal (Mehrheit) und b) der Position, daß Faschismus nicht vom Himmel fällt und auch nicht von Zwangstopfen kommt. (Minderheit).

Lange Rede kurzer Sinn, die GHG konnte schließlich ihren eigenen Entwurf nicht verteidigen und ging. Die Mehrheit der GHG

hatte einen schlechten Aufruf nicht durchsetzen können. Aufgrund ihrer beleidigten Haltung kam es aber auch nicht zu einer Erklärung des Parlaments und weiteren Aktivitäten um die Veranstaltung zu unterstützen. Aufstand der Anstößigen?

Nach grünem Verständnis bestand die eigentliche Aufgabe des Abends darin, endlich den eigenen Haushalt durch das Parlament zu bringen. Und dafür fehlten nur noch zwei Titelgruppen aus einem umfangreicheren Gesamtwerk.

Während der Ferien hatten sich einzelne Mitglieder der parlamentarischen Mehrheitsfraktion einen studentischen Rahmen für ihr Start Up gegeben. Sie hatten mit anderen einen Studenten-Unterhaltungs-Verein gegründet und wünschten sich, das der ASiA sie mit Mitteln der verfallenen Studierendenschaft ausstatte. Sollte es geben, sagte die GHG und beachte, längst nach dem selbst festgelegten Antragsschluß, entsprechende Änderungsanträge an den eigenen Haushalt vor- und stimmte natürlich dafür. Deshalb hatten sie später auch kein Problem damit, die Sitzung zu verlassen - der „Pferdestall e.V.“ hatte ja sein Geld schon. Im Ergebnis verhinderten die Grünen nicht nur einen antisfaschistischen Aufruf. Der Haushalt ist außerdem nicht mehr ausgeglichen. Er weist durch die zusätzlich ausgegebenen Gelder für den „Pferdestall e.V.“ keine ausreichende Deckung auf.

Während allüberall im Land bei Kommunalwahlen die Fünf-Prozent-Hürden fallen, will die GHG den umgekehrten Weg gehen und bei der nächsten Stupa-Wahl eine 2,5-Prozent-Hürde einführen! Da sie mit ihrer Satzungsänderung schon eine Bauchlandung erlebt haben, wollen sie dies nun mit der Änderung der Wahlordnung versuchen, die aber Teil der Satzung ist. Ein merkwürdiges und undemokratisches Vorgehen, das sogar schon kleine Anfragen in der Hamburger Bürgerschaft provoziert hat. War „Grün“ mal die Farbe der Hoffnung? Mittlerweile fällt uns nur noch kotzgrün ein...

## Jetzt endlich auch an unserer Uni: "DEUTSCHLAND EINIG ANTIFA"

Ausläufer der staatlichen "Kampagne gegen Rechts" haben sich durch die vorlesungsfreie Zeit an der Uni erst spät gezeigt. Qualitativ unterscheidet sich der universitäre „Aufstand der Anständigen“ allerdings kaum von seinem großen Vorbild. Da ist zum einen ein Unipräsident (Lüthje), welcher sich in seiner Semesteransprache zur Weltoffenheit bekennt, in diese aber auch Burschenschaften u.ä. mit aufnimmt und sich dafür einsetzt, daß elitäre Männerbünde mit reaktionären bis hin zu faschistischen Tendenzen weiter an der Uni werben dürfen.

Auch gibt es einen von der olivgrünen GHG getragenen AStA, welcher ja auch irgend- wie gegen rechts ist, ein Stück weit so tolerant, daß farbentragende Verbindungs- studenten so quasi antifaschistische Ver- anstaltungen besuchen dürfen sollen, irgend- wie. Der 9. November ist entsprechend auch nur so ein Datum der deutschen Geschichte im Guten wie im Schlechten und die dunklen Jahre so in der DDR waren irgend- wie auch schlimmer.

Da gibt es den „Linksruck“, welcher am Aufstand der Anständigen teilnehmen will, an welchem alle Parteien (auch CSU, etc.) mitan sollen, von einer riesigen Brodel- Bewegung gegen rechts ausgeht und auch schon mal eigene Mitglieder bei der Semestereröffnung als Stiefelnazi in einem nicht gerade tiefgründigen Agitprop-Einakter auftreten läßt. Um materielle Mittel für den eigenen Organisationsaufbau zu erhalten wirft der Linksrruck sich dann auch schon mal dem GHG-AStA an den Hals, bei kleiner Gegenleistung, versteht sich.

Dann gibt es noch die Jusos und Liste Links, die immerhin begriffen haben, daß Faschismus irgend etwas mit Kapitalismus zu tun hat, die aber ins Schwimmen kommen, wenn es um die konkreten Subjekte faschistischer Politik geht. Auch erschöpft sich ihre Praxis zumeist darin, daß es gilt, die GHG vom eigenen Ansatz zu überzeugen. Konsequenter antifaschistische Kräfte, welche sich nicht auf den Staat und die ihn tragenden gesellschaftlichen Kräfte verlassen, sind leider nicht allzu stark vertreten. Auch ist die Einsicht, daß rassistisches und faschistisches Bewußtsein durch die nicht reflektierte Verarbeitung der von der kapitalistischen Gesellschaft und Produktionsweise hervorgerufenen Widersprüche erzeugt wird, wenig verbreitet. Vergessen scheint auch, daß die Nazis mit der Asylpolitik unserer Regierung praktisch eine Legitimi-

## Nachspiel einer Rundreise: Solidarität mit Ricardo Martínez!

Im Sommersemester organisierte die AMS ein Bündnis mit anderen Gruppen eine Solidaritäts- und Diskussionsveranstaltung über den Streik der StudentInnen an der UNAM in Mexiko. Jetzt wird einer der beiden ReferentInnen dieser Veranstaltung, die Teil einer bundesweiten Rundreise war, Opfer der Repression, möglicherweise als Vergeltung für seine Informationen über die mexikanische Studierendenbewegung. Ricardo Martínez wird vorgeworfen, zusammen mit 30 weiteren Personen am 25. Oktober auf dem Uni-Gelände zwei Personen des Sicherheitsdienstes angegriffen zu haben. Er bestreitet die Vorwürfe entschieden, zumal nicht einmal sicher ist, ob der

zum Anlaß genommene Vorfall sich überhaupt in dieser Form ereignet hat. Mehrere Dutzend ProfessorInnen der UNAM solidarisierten sich in einem Leserbrief an die Tageszeitung „La Jornada“ mit Ricardo. Wir schließen uns dem Protest gegen die offenbar falschen Anschuldigungen, gegen den drohenden Ausschluß Ricardos aus der UNAM und gegen eine mögliche strafrechtliche Verfolgung an.



Flugblatt zur Veranstaltung an der Hamburger Uni

## Roter November im WiWi-Bunker



Diskussionen um Sozialismus, Kampf gegen die Faschisten und deren soziale Demagogie, über die Solidarität mit Cuba und über unsere Vorstellungen einer sozialistischen Gesellschaft - davon war am 18. November der WiWi-Bunker geprägt. Dort, wo sonst die Legitimation der kapitalistischen Marktwirtschaft gepredigt wird, veranstalteten die SDAJ und die AMS Hamburg gemeinsam die zweite Novemberkonferenz, die diesmal unter dem Motto stand „Die Zukunft muß sozialistisch sein“. Das ist auch der Titel des „Zukunftspapiers“ der SDAJ, das die Grundlage für die Konferenz bildete, die regionaler Auftakt für

einen bundesweiten „Zukunftskongreß“ des Arbeiterjugendverbandes im März in Berlin war.

Die AMS informierte bei der Konferenz über ihre Politik, diskutierte mit und stellte auf einer Podiumsdiskussion ihre Positionen über Interessensvertretung und revolutionäre Politik vor. Den Abschluß der gelungener Konferenz bildete eine ausgelassene Fete, die aufgrund der personellen Unterbesetzung der Uni im Magda-Thürey-Zentrum in Eimsbüttel stattfinden mußte.



„Deutschland einig Antifa“ (Fortsetzung)

on ihrer Anschläge von fast ganz oben erhalten. Daraus folgend bedeutet Antifaschismus letztendlich, daß mensch den Kapitalismus revolutionär überwinden muß, was natürlich bedeutet, daß SPD, GHG, BDI und Konsorten an dieser Form Antifaschismus kein Interesse haben werden, zumal relativ ersichtlich ist, daß es bei der momentanen Kampagne dieser Kräfte primär um den Standort Deutschland und dessen Ansehen handelt.

Kurzfristig läßt sich aber auch einiges ma-

chen, zum einen das theoretische Verständnis über den Faschismus zu verbreitern, Aktivitäten von Nazis mit den gebotenen Mitteln entgegen zu treten, diejenigen auch praktisch zu unterstützen, welche von den Nazis und anderen RassistInnen angegriffen werden, ... , auch ist es sinnvoll überhaupt dafür zu sorgen, daß eine radikale, revolutionäre Linke quantitativ und qualitativ stärker wird.

Wir setzen nicht auf die staatliche Regulierung derartiger Probleme sondern auf eine eigenständige antifaschistische Bewegung.

## Wer hier wohl für wen die Ausbildung finanziert...

Fortsetzung von Seite 3

sie bereit sind, sich hoch zu verschulden und schnell und arbeitsmarktorientiert zu studieren, um sich anschließend für einen Konzern krummenlegen zu dürfen, um wiederum der Bank den Kredit zurückzahlen zu dürfen, und sich danach (irgendwann, vielleicht ...) doch noch einen gewissen middle-class-Wohlstand aufbauen zu können. Der disziplinierende Effekt dieser Methode der Ausbildungsförderung ist evident. Jede zeitliche Verzögerung bei der Kreditrückzahlung, sei es im Studium durch Befassung mit nicht-Schein-relevanten Themen oder durch politisches Engagement, oder im Beruf durch Arbeitskämpfe könnte die Zins-Falle zuschnappen lassen!

Dieses Ansinnen der KapitalistInnen ist ebenso verständlich wie unverschämte. Wenn die herrschende Ideologie hierzu sagt: „Wenn man etwas haben möchte, muß man auch dafür bezahlen“, sollten die Studierenden zunächst einmal kontern: „Wer später von der massenhaften Verfügbarkeit akademischer Arbeitskräfte profitieren will, muß heute die Investitionen aufbringen!“ Die Forderung nach einer aus Unternehmenssteuern finanzierten bedarfsdeckenden Ausbildungsvergütung für Studierende müßte eine Selbstverständlichkeit sein! Wohlbedenkt: Dies wäre noch ganz reformerisch im Rahmen des kapitalistischen Systems zu fordern, ein Vestoß, der „eigentlich“ aus den Reihen von rot-grün kommen könnte. Als SozialistInnen haben wir dagegen noch ganz andere Kritikpunkte anzubringen: Zum einen den, daß auch bei der großzügigsten Ausbildungsförderung keine „Chancengleichheit“ in einer Gesellschaft hergestellt werden kann, in der vor

und nach dem Studium noch ganz andere Selektionsmechanismen greifen (vorher: der „soziale Numerus Clausus“, d.h. der unterschiedliche Grad, in dem proletarische und middle-class-Eltern die intellektuelle Entwicklung ihrer Sprößlinge fördern können; nachher: das für den Berufseinstieg nötige „Vitamin B“) Zum anderen finden wir es reichlich borniert, für eine Ausbildungsvergütung für Studierende einzutreten ohne gleichzeitig zu fordern, daß die Ausbildung und die spätere Tätigkeit der AkademikerInnen sich an den objektiven Interessen der Masse der Bevölkerung orientieren (von Verbesserung der materiellen Situation der Unterschichten über den Umweltschutz und die Stadtplanung bis hin zur Optimierung von natürlich auch noch zu schaffenden rätodemokratischen und planwirtschaftlichen Strukturen) und nicht mehr wie bisher an den Profitinteressen einer kleinen Schicht von KapitalistInnen. Und als KommunistInnen wollen wir - in puncto Bildung - letzten Endes auf eine Gesellschaft hinaus, in der nach der Überwindung materieller Not der Weg frei wird für die Einsicht, daß der Mensch „nicht vom Brot allein“ lebt, und in der der neue gesellschaftliche Nutzen der Universitäten zunehmend erkannt wird einfach in der Anregung und Muße, die wissenschaftliche Erkenntnis jenen vermitteln könnte, die die Wörter „Kariere“ und „Konkurrenz“ nur noch aus den Geschichtsbüchern kennen. - Aber wer dies näher diskutieren will, kann ja mal bei unseren Treffen vorbeischaun

**Wir treffen uns jeden Montag,  
18 Uhr, im Romanistik-Café,  
Phil-Turm, 7. Stock**



## Berlin, 14. Januar, 10 Uhr, Frankfurter Tor LL-Demo Wir sind dabei!

Am 14. Januar findet in Berlin die traditionelle Demonstration zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (und Lenia) statt. Und wie in jedem Jahr, so werden auch diesmal die marxistischen Studierenden gemeinsam mit Zehntausenden von SozialistInnen und KommunistInnen dabei sein.

Aus Hamburg fahren Busse nach Berlin, die von der AMS gemeinsam mit der SDAJ und der DKP organisiert werden. Abfahren werden die Busse am Sa., 13. Januar, morgens und nach Abschluß der Demonstration und der Ehrung in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde zurückfahren.

Fahrkarten und Infos gibt es im Magdala-Thürer-Zentrum, Lindenallee 72, 20259 Hamburg; e-mail: ll-info@dkp-hamburg.de. Und eine Homepage zur Demo gibt es unter [www.ll-demo.de](http://www.ll-demo.de)

## Der HVV schafft die 1. Klasse ab

Und jetzt alle zusammen! Nie wieder getrennt! Aha, mit dem HVV also zur Klassenlosen Gesellschaft.

Einem mehr optimistisch gestimmten Geist könnte dies Anlass zur genutzenden Feststellung geben, dass Klassen, die in der modernen Bundesrepublik ohnehin nicht existierten, sukzessive auch bei so verschlafenen Unternehmen wie den öffentlichen Verkehrsträgern abgeschafft würden.

Aber hoppla - keine Klassen? Dass das Klassenverhältnis so schwer zu erkennen ist, liegt daran, dass in der bürgerlichen Gesellschaft nicht ein einzel-

nes Merkmal wie Geburt oder Hautfarbe über den Zugang zu Klassenprivilegien entscheidet Das Geld wird nicht nach der Hautfarbe, der Geburt oder Bildung seines Besitzers gefragt, und es wechselt beständig die Hände. Soll allerdings aus dem einmaligen Privileg ein dauerhaftes werden, kommen wir den Konstituenten des Klassenverhältnisses schon näher. Dann stellt sich die Frage Lohnarbeit, Gewinn, Mietzins oder Dividende...

Und beim HVV? Sollten wir nicht gratulieren,

dass er endlich unsere Forderung nach der „1.75 Klasse für alle“ erfüllt hat?

Er hat sie nicht erfüllt. Schnellbusse bleiben weiter zuschlagpflichtig. Mögen den "bewährten hohen Komfort und den Vorteil schnellerer Reisezeiten" nur die Gutbeachteten! Nicht etwa auch viele Studierende, zum Beispiel auf der Linie 347

Tja. Darüber hinaus: Wenn man Bahn oder Bus fährt, stellt man schnell fest, dass sich die „erste Klasse“ überhaupt nicht im HVV befindet. Sie fährt längst auf der Straße, trotz Stau jeder für sich in den manierlichsten Abstufungen von Privilegien. Hier muß genau so angesetzt werden!

